



ERKLÄRUNG

des EBB-AEDE Vorsitzenden zur Evaluation und Fortschreibung des Erasmus+ Programmes

In diesen spannenden Zeiten ist besonders beunruhigend, dass einerseits selbst elementare Kenntnisse des europäischen politischen Systems vielfach zu fehlen scheinen und andererseits auch grundlegende Prinzipien des Zusammenlebens in demokratischen, d.h. pluralistischen Gesellschaften nicht (mehr) anerkannt werden. Vor diesem Hintergrund erhält die zur Zeit laufende Evaluation des Bildungsprogrammes der EU und die damit verbundene Vorbereitung eines Fortsetzungsprogrammes für die Zeit nach 2020 eine neue Bedeutung.

Generell sollte sich das zukünftige EU-Bildungsprogramm ausschliesslich an der „Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nicht-diskriminierung“ orientieren, die die EU-Bildungsminister am 17. März 2015 als „Reaktion auf die Terroranschläge in Frankreich und Dänemark zu Beginn dieses Jahres, und im Gedenken an ähnliche Schreckenstaten in Europa in der jüngeren Vergangenheit“ beschlossen hatten, da die dort formulierten Ziele leider noch nicht erreicht und weiterhin von großer Bedeutung für die Zukunft der EU und Europas sind: "Wir, die Bildungsminister und der europäische Kommissar, stehen bei der Weitergabe der humanistischen und demokratischen Werte, für die wir gemeinsam stehen, ganz besonders in der Pflicht. Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, Gedankenfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen, soziale Eingliederung und die Achtung der Mitmenschen zu fördern, sowie Diskriminierungen jeglicher Art vorzubeugen und zu bekämpfen. Deshalb rufen wir zur Verstärkung der Bemühungen auf, die Vermittlung und Aneignung dieser Grundwerte bereits vom frühen Kindesalter an zu verstärken, und daran zu arbeiten, durch entsprechende Bildung integrativere Gesellschaften zu schaffen". Damit sind allen Trägern von formaler und non-formaler Bildung in Europa genug Aufgaben und Ziele für ihr Engagement für den Zeitraum des nächsten Bildungsprogrammes aufgegeben.

Um diese Ziele erreichen zu können, sollten u.a. folgende Bereiche in einem zukünftigen EU-Bildungsprogramm eine besondere Rolle spielen:

- a) Die Verknüpfung der einzelnen Bausteine des Programms sollte verstärkt werden, z.B. durch die Förderung des Engagements von (Erasmus+) Studierenden in Schulen an ihrem Studienort, was sowohl den Studierenden zu einer vertieften Landeskennntnis verhilft als auch in den Schulen zu einer Verbesserung der europäischen Bildung beiträgt.
- b) Das zukünftige europäische Bildungsprogramm sollte weiterhin dazu beitragen, dass die Lehramtsstudierenden und der Lehrpersonen, die jetzt oder in Zukunft „Europa im Unterricht“ vermitteln (werden), selbst die Gelegenheit bekommen, Europa vertieft kennen zu lernen.

Gleichzeitig sollte angesichts des wiederholt festgestellten Mangels an Kenntnissen über die EU und ihr politisches System die EU-Kommission beauftragt werden, kompetenzorientierte Standards für die europäische Bildung in Schulen zu entwickeln und deren Erreichung in einem offenen Prozess der Koordinierung kontinuierlich zu überprüfen. Alternativ dazu könnten diese Kompetenzen auch in einem dem PISA-Test ähnlichen Verfahren in regelmäßigen Abständen getestet werden. Grundlage dafür könnte ebenfalls die oben zitierte Erklärung der EU-Bildungsminister sein, in der es auch heißt: „Es besteht die Notwendigkeit an Zusammenarbeit und Koordinierung, an Erfahrungsaustausch und an Gewährleistung, dass die besten Ideen und Praktiken innerhalb der Europäischen Union verbreitet und ausgetauscht werden können ...“.

Duisburg, den 4.12.2017

Alfons Scholten, Vorsitzender EBB-AEDE e.V.

